

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Maßnahmenpaket:
Lehrer gewinnen und
stärker unterstützen



Seite 11:
Jugend-Rede forum:
Kunst und Kultur der
Rede weiterentwickeln



Seite 14:
Enquete-Kommission:
Zwischenbilanz zur
Pflege in Sachsen

Ausgabe
8.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

zwei Themen der zurückliegenden beiden Plenarsitzungen waren von ganz besonderer Bedeutung.

Zum einen: Es gibt mehr Geld für das sächsische Schulsystem. Im November debattierten die Abgeordneten des Landtags über das Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung, das die Sächsische Staatsregierung im Oktober verabschiedet hat und das ab 1. Januar 2017 in Kraft treten wird. Es beinhaltet für die Jahre 2017 und 2018 fast 214 Millionen Euro zur Gewinnung und Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für Sachsens Schulen. Ziel ist es, den Lehrerberuf abzusichern und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Dabei werden unter anderem höhere Einstiegsgehälter an der Oberschule und finanzielle Anreize für Lehrkräfte in Regionen und Fächern mit erhöhtem Bedarf eingeführt. Um ältere Lehrer länger im Schuldienst zu halten, gibt es zudem die Möglichkeit, mehr Geld zu verdienen und weniger Stunden zu unterrichten.

Zum anderen: Einem im Zusammenhang mit der im Dezember bevorstehenden Verabschiedung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2017 und 2018 herausragenden finanzpolitischen Thema galt die Debatte zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Mit dieser Neuregelung wird für den Freistaat Sachsen eine langfristige Planungssicherheit erreicht. Im Vergleich zu den geltenden und 2019 auslaufenden Regelungen bringt die Neuordnung einen Zuwachs von knapp 800 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie einen weiteren Anstieg in den Folgejahren.

Ganz besonders begrüße ich es darüber hinaus, dass im Landtagskurier immer wieder über die herausragenden Leistungen sächsischer Schülerinnen und Schüler berichtet werden kann. In der vorliegenden Ausgabe steht dabei wie jedes Jahr im Herbst das Jugend-Redeforum Dresden im Mittelpunkt. Unter die 34 Teilnehmer des 14. Jugend-Redeforums mischten sich in diesem Jahr Schüler der Klassen 8 bis 12 aus Gymnasien und Oberschulen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, um ihre Debattier- und Redekünste auf den Prüfstand zu stellen. Den Siegern möchte ich nochmals gratulieren. Gewonnen haben aber auch in diesem Jahr wieder alle, ganz gleich, ob sie an den Debattierischen gesessen, am Mikrofon gestanden, in der Jury mitgearbeitet oder als Zuschauer Beifall gespendet haben. Ihnen allen gilt auch an dieser Stelle noch einmal mein herzlicher Dank!

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

43. Sitzung des Sächsischen Landtags
Mehr Geld für gute Schule
Abgeordnete debattierten über das Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung 4
- Hintergrundinformationen zur Lehrerversorgung in Sachsen** 6
43. Sitzung des Sächsischen Landtags
Harmlose Spinner? Bewaffnete Staatsfeinde?
DIE LINKE: Die »Reichsbürger« sind als Gefahr lange verkannt worden 7
44. Sitzung des Sächsischen Landtags
Langfristige Planungssicherheit
Zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen 8
44. Sitzung des Sächsischen Landtags
»So geht Sächsisch nicht!«
AfD: Vertreten sächsische Politiker wirklich ihre Bürger? 10

JUGEND

- »Landwirtschaftsminister kann jeder werden«**
Rhetorik und Esprit beim 14. Jugend-Redeforum des Sächsischen Landtags 12

AKTUELLES

- Mut haben, zu erklären**
Zwischenbericht zur Arbeit der Enquete-Kommission zum Thema Pflege 14
- Virtueller Besuch im Landtag**
Neuerungen auf der Website des Sächsischen Landtags 20

EIN TAG MIT ...

- Politische Bildung heißt auch Theater**
Ein Tag mit Dr. Stephan Meyer, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien 16

SONDERTHEMA

- »Bürger und Demokratie« – Delegation** 18

AUSSTELLUNG

- Neue Werke älterer Künstler im Landtag**
Ausstellung »Alterswerke IV – Augensterne« zeigt Kunst der Generation 70+ 21

GESCHICHTE

- »... und wir wollen ja auch nicht immer hier in Trübsinn verkommen.«**
Humor im Nachkriegslandtag 22

SERVICE

- Weitere Informationen** 24

Lehrerversorgung und Finanzausgleich im Fokus

Foto: S. Giersch

// In der Aktuellen Stunde der 43. Sitzung am 9. November 2016 wurde auf Antrag von CDU und SPD über das Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung debattiert. Eine weitere Debatte widmete sich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE der von den Reichsbürgern ausgehenden Gefahr für die innere Sicherheit. In der 44. Sitzung am 10. November 2016 wurde auf Antrag von CDU und SPD die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen thematisiert, durch die der Freistaat auch über das Jahr 2019 hinaus Planungssicherheit habe. Außerdem diskutierte das Plenum in gleicher Sitzung auf Antrag der AfD über den Umgang von Politikern und Medien mit Sachsens Bürgern. //



Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Mehr Geld für gute Schule

Abgeordnete debattierten über das Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung

Lothar Bienst, CDU, wies die Kritik an dem Maßnahmenpaket zurück. Seine Fraktion habe nicht mit der Gießkanne an irgendeiner Stelle Geld in das System hineingegossen. Deshalb sei es ihm unverständlich, dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit einer Demonstration vor dem Landtagsgebäude reagiere. Andererseits räumte er ein, dass die Kommunikation mit der Lehrerschaft über das Paket nicht optimal gewesen sei. Hier gebe es Nachholbedarf. Die CDU werde in zwei Jahren eine Evaluation durchführen, um zu sehen, wie das Paket gewirkt habe. Dann werde sie sich der Kritik stellen und positiv hervorheben und signalisieren, was damit erreicht worden sei.

// Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD stand das Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung in der Aktuellen Stunde der 43. Sitzung des Sächsischen Landtags am 9. November 2016 zur Debatte. Es beinhaltet fast 214 Millionen Euro für Lehrerentlohnung und Qualifizierung von Seiteneinsteigern. Für den Nachmittag war eine Demonstration von Lehrern vor dem Landtagsgebäude angekündigt. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

Erster Befreiungsschlag

Sabine Friedel, SPD, äußerte Verständnis für die Proteste der Lehrer. Das Maßnahmenpaket sei kein Glücksfall und keine Katastrophe. Es sei ein erster Befreiungsschlag. Es werde sehr dabei helfen, die jungen Lehrkräfte in Sachsen zu halten und so für Entlastung in den

Schulen zu sorgen. Von Maßnahmen wie dem Arbeitszeitkonto oder der Absenkung des Regelstundenmaßes für die Grundschullehrer könnten große Gruppen profitieren. Allerdings dürfe es nicht passieren, dass Schulleiter weniger verdienten als Fachberater. Das beschlossene Paket habe aber in derartigen Fällen Vorsorge dafür

getroffen, dass keine Ungerechtigkeit entstehen könne. Ihre Fraktion werde die Umsetzung durch die Verwaltung eng und genau begleiten. Nach wie vor würden darüber hinaus weitere Schritte gebraucht, um Sachsens Schulsystem zukunftsfest zu machen.

Probleme nicht gelöst

Rico Gebhardt, DIE LINKE, vertrat die Auffassung, dass die CDU/SPD-Koalition wieder nur als Reparaturbrigade auf die von ihr selbst angerichteten Schäden reagiere. Dabei schicke sie einen Klempner, wo die Feuerwehr gebraucht würde. Kultusministerin Kurth und Finanzminister Unland hätten elf Mal mit



// Lothar Bienst



// Rico Gebhardt



// Sabine Friedel



// Andrea Kersten



// Petra Zais

den Gewerkschaften an einem Tisch gesessen und nichts zustande gebracht. Auch nach Ansicht seiner Fraktionskollegin Cornelia Falken werde Sachsen das Problem des Lehrermangels mit den jetzt vorgesehenen Maßnahmen allein nicht lösen. Ohnehin habe Sachsen den Wettbewerb um die besten Köpfe bereits verloren. Die Grundschullehrer seien überhaupt nicht berücksichtigt worden. Aber gerade die Belastung der Lehrkräfte an den Grundschulen sei extrem. Die entstandenen Probleme bezeichnete sie als Ergebnis einer kurzsichtigen und ignoranten Bildungspolitik der CDU.

Kein Grund für Lohbudelei

Auch Andrea Kersten, AfD, sah im Lehrerpaket nach verfehlter Schulpolitik, massiver Kritik von Eltern, Lehrern und Verbänden und elf gescheiterten Verhandlungsrunden mit der Lehrgewerkschaft für die Regierungskoalition keinen Grund, sich auf die Schulter zu klopfen. Dabei hätte man die monatelange Hängepartie vermeiden können, wenn die Staatsregierung nicht alle Vorschläge ihrer Fraktion abgelehnt hätte. So wolle die AfD die Grundschullehrer endlich wie alle anderen Lehrer vergüten, weil sonst auf-

grund der niedrigen Gehälter kaum Grundschullehrer nach Sachsen gelockt werden könnten. An der Personalsituation der Schulen werde sich trotz neuer Lehrer wenig ändern. Bereits im nächsten Schuljahr müsse mit bis zu 16.000 zusätzlichen Schülern gerechnet werden, welche die derzeitigen Neueinstellungen mehr als aufbrauchen würden.

Verfehlte Politik

Nach den Worten von Petra Zais, GRÜNE, atme dieses Paket weiterhin den Geist verfehlter Personalpolitik und mangeln-

der Wertschätzung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern. Vor allem aber gehe es zulasten älterer Lehrkräfte, die das Schulsystem schon seit vielen Jahren getragen hätten. Die Sächsische Staatsregierung quetsche im Grunde genommen aus den älteren Kolleginnen und Kollegen die Soße heraus, die sie zur Aufrechterhaltung des Schulsystems brauche, und habe damit die größte Sparbüchse für das Lehrerarbeitsvermögen geöffnet.

Standard gesichert

Die Staatsregierung, so Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus, sehe den Standard des sächsischen Bildungssystems mit ihren Vorschlägen gesichert. Sie selbst sei außerordentlich froh und stolz auf das Maßnahmenpaket. Gehe es doch unter anderem darum, jungen Lehrern den Einstieg zu erleichtern und ältere zu einem längeren Verbleib im Bildungssystem zu bewegen. Die Maßnahmen machten den Lehrerberuf eindeutig attraktiver. Es gebe auch deutliche Zustimmung aus den Lehrerzimmern. Es sei ein 214-Millionen-Euro-Paket geschnürt worden, welches sie sich als Kultusministerin vor wenigen Monaten niemals zu denken gewagt hätte.



Die Staatsregierung sieht den Standard des sächsischen Bildungssystems mit ihren Vorschlägen gesichert.

// Brunhild Kurth

43. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de

Hintergrundinformationen zur Lehrerversorgung in Sachsen

Foto: S. Giersch

// Die Staatsregierung hat am 26. Oktober 2016 ein Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung verabschiedet. Ziel ist es, den Lehrerbedarf an Sachsens Schulen abzusichern und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Die beschlossenen Änderungen treten ab 1. Januar 2017 in Kraft. Die Kosten für das Maßnahmenpaket belaufen sich für die nächsten beiden Jahre 2017 und 2018 auf fast 214 Millionen Euro. Das Gewinnen und Binden von Lehrkräften beinhaltet: //

Hochschulzulassung

Die Hochschulzulassungsverordnung soll fortentwickelt werden. Ziel ist es, den Zugang zum Lehramtsstudium insbesondere für Abiturienten aus Sachsen zu verbessern. Damit soll zum Beispiel ein Freiwilliges Soziales Jahr Pädagogik bei der Zulassungsentscheidung stärker berücksichtigt werden.

Höhere Bezahlung der Lehramtsanwärter/Studienreferendare
Lehramtsanwärter sollen einen Gehaltszuschlag von 390 Euro pro Monat bekommen. Voraussetzung ist, dass sich die Referendare verpflichten, nach erfolgreichem Abschluss ihres Vorbereitungsdienstes für vier Jahre als Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen tätig zu sein.

Mehr Geld für Lehrer an Oberschulen und Förderschulen

Oberschullehrer sollen von Beginn ihrer Tätigkeit an in der Entgeltgruppe 13 TVL (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder) eingruppiert werden. Die bisherige vierjährige Wartezeit fällt weg. Mit der Einkommensverbesserung verbessert sich auch die Bezahlung von Seiteneinsteigern.

Zulagen, um junge Lehrer zu gewinnen

Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern um junge Lehrer bestehen zu können, kann eine Zulage in Höhe der Differenz von bis zu zwei Stufen des TVL gewährt werden. Auch vollausgebildete Lehrkräfte aus dem Schuldienst eines anderen Bundeslandes können bei einem

Wechsel nach Sachsen Zulagen in dieser Höhe erhalten.

Qualifizierungsprogramm für Seiteneinsteiger

Zur Qualifizierung dieser künftigen Lehrer wird ein auf mindestens fünf Jahre ausgelegtes Qualifizierungsprogramm aufgelegt.

Mehr Lehrerstellen

Die Lehrerstellen werden um insgesamt 722 Stellen für die nächsten beiden Haushaltsjahre erhöht.

Mehr Bewerber- und Serviceorientierung in der Schulverwaltung

Das Staatsministerium für Kultus wird das Einstellungsverfahren für Lehrer transparenter und bewerberorientierter ausgestalten.

Der Anerkennung und Unterstützung dienen unter anderem:

- die finanzielle Besserstellung von Fachberatern an Ober-, Förder- und Grundschulen. Fachberater an Ober- und Förderschulen werden in die Gehaltsgruppe E 14 eingruppiert und damit in gleicher Weise für ihre anspruchsvolle Tätigkeit bezahlt wie Fachberater an Gymnasien und Berufsschulen; Fachberater an Grundschulen erhalten eine Vergütung nach E 13;
- die Motivierung von älteren Lehrkräften, nicht vorzeitig in Rente zu gehen. Lehrerinnen und Lehrern ab dem 63. Lebensjahr kann ein höheres Entgelt gewährt werden; dies entspricht einem Zuschlag von bis zu 780 Euro brutto;
- die stärkere Anerkennung von Mehrarbeit;
- Arbeiterleichterungen für Lehrkräfte.



www.medienservice.sachsen.de

Harmlose Spinner? Bewaffnete Staatsfeinde?

Uwe Nösner

DIE LINKE: Die »Reichsbürger« sind als Gefahr lange verkannt worden

Kerstin Köditz, DIE LINKE, bezeichnete Sachsen als eine Hochburg der Reichsbürger. Es gebe hier vermutlich mehrere Hundert Anhänger sowie unzählige Sympathisanten, von denen die gesamte Bandbreite dieser Bewegung vertreten werde: Gründer von Monarchien und Fantasierepubliken, die eigene Grenzen absteckten, sogenannte Selbstverwalter und Exterritoriale und auch ominöse Regierungen, die an die Fortexistenz des Deutschen Reiches glaubten. Nach den Worten Christian Hartmanns, CDU, lägen bisher noch keine Erkenntnisse über eine homogene Reichsbürger-Szene vor. Das Spektrum reiche von Verschwörungstheoretikern bis hin zu brandgefährlichen Personen. Potenziell gewalttätige Anhänger müssten stärker unter die Lupe genommen werden. Vor allem seien diejenigen zu beobachten, die mit rechtsextremistischen Gruppierungen kooperierten oder selbst Rechtsextremisten seien.

Problem in Sachsen

Reichsbürger, so Henning Homann, SPD, seien ein Problem auch in Sachsen. Sie lehnten die Rechtsordnung und den deutschen Staat ab, leugneten dessen Existenz, wollten keine Steuern zahlen und seien in einigen Fällen dazu bereit, dies mit Waffengewalt durchzusetzen. Darauf müsse der Rechtsstaat entschieden reagieren. Wer das Gesetz nicht anerkenne, dürfe

// Den zweiten Schwerpunkt der Aktuellen Stunde der 43. Sitzung am 9. November 2016 bildete auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die von den Reichsbürgern ausgehende Gefahr. Die Reichsbürgerbewegung entstand in den 1980er-Jahren und tritt seit 2010 in ganz Deutschland verstärkt in Erscheinung. Sie erkennen die staatliche Ordnung der Bundesrepublik nicht an und folglich auch keine Gerichtsentscheidungen oder Steuerforderungen. Unlängst hatte ein Reichsbürger in Bayern auf vier Polizisten geschossen und einen von ihnen tödlich verletzt. Seitdem gibt es bundesweit eine Debatte über die Gefährlichkeit dieser Personen. Hamburgs Verfassungsschutz hat die Bewegung als rechtsextremistisch eingestuft und unter Beobachtung gestellt. //



43. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

weder für die Polizei arbeiten noch Zugriff auf Waffen besitzen. Dies gelte es durch das Innenministerium durchzusetzen. Wie Detlev Spangenberg, AfD, bemerkte, gebe es für den Be-

griff Reichsbürger keine Definition. Einige beschäftigten sich mit Geschichte, um diese zu hinterfragen, eine weitere Gruppe lehne die Existenz des deutschen Staates ab, die dritte

Gruppe sei einfach nur kriminell und sei dementsprechend zu behandeln. Aber Fragen zu stellen sei vor dem Hintergrund der Meinungsfreiheit legitim und eine pauschale Verurteilung von Menschen verbiete sich und sei kein rechtmäßiger Ansatz.

Härtere Gangart

Noch vor Jahren, so Valentin Lippmann, GRÜNE, hätten Sicherheitsbehörden und Staatsregierung beim Thema Reichsbürger eine erschreckende Leidenschafts- und Interesselosigkeit an den Tag gelegt. Deshalb begrüße er, dass der sächsische Innenminister das Problem erkannt und im Innenausschuss dazu Stellung bezogen habe. Zugleich wünsche er sich, dass Deutschland in der Sicherheitspolitik bundesweit dazu komme, die Probleme bereits im Vorfeld ernst zu nehmen und nicht erst dann, wenn etwas passiert sei. Abschließend kündigte Innenminister Markus Ulbig eine härtere Gangart gegen Reichsbürger an, unter anderem durch den Entzug des Waffenscheins. Wer in irgendeiner Form als Reichsbürger in Erscheinung getreten sei, dürfe keine Waffe tragen. Im Freistaat Sachsen müsse dafür gesorgt werden, dass solche Typen nicht in den Besitz von Waffen kämen. Falls sie diese schon hätten und die Enttarnung erst danach erfolge, müssten sie ihnen unverzüglich abgenommen werden.



Langfristige Planungssicherheit

Zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Uwe Nösner

Aloysius Mikwauschk, CDU, bezeichnete den Kompromiss beim Länderfinanzausgleich als ein gutes Ergebnis für Sachsen, seine Kommunen und Bürger. Die Neuregelung biete verlässliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, solide und zukunftsfähige Finanzpolitik. Sachsens konservative Haushaltspolitik ermögliche dem Freistaat auch künftig politischen Handlungsspielraum. Dass unser Land heute mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung Deutschlands so solide dastehe, liege an 26 Jahren erfolgreicher CDU-Politik. Dem schloss sich Fraktionskollege Jan Löffler an. Ab 2020 werde im Vergleich zur bisherigen Regelung sogar mit 770 Millionen Euro mehr zu rechnen sein. Als wichtig bewerte er, dass die Finanzkraft der ostdeutschen Kommunen besser als bislang berücksichtigt worden sei.

// Die Fraktionen von CDU und SPD beantragten eine Debatte, die unter dem Titel »Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – langfristige Planungssicherheit für den Freistaat Sachsen« auf der Tagesordnung der 44. Sitzung des Landtags am 10. November 2016 gestanden hat. Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte sich schon nach dem Beschluss Mitte Oktober zufrieden mit dem Ergebnis gezeigt: Für Sachsen bedeute die Einigung eine tragfähige Grundlage. Im Vergleich zu den geltenden und 2019 auslaufenden Regelungen bringe die Neuordnung einen Zuwachs von knapp 800 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie einen weiteren Anstieg in den Folgejahren. //

Fiskalische Klippe vom Tisch

Dirk Panter, SPD, sprach von einer mittelfristig guten Planungssicherheit. Das Auslaufen von Länderfinanzausgleich und Solidarpakt II im Jahr 2019 sei bislang als Risiko wahrgenommen worden und Grund für vorsichtigere Finanzplanungen des Landes gewesen. Mit der jetzt vereinbarten Neuregelung sei das Szenario der fiskalischen

Klippe 2020 vom Tisch. Wie sich die Finanzbeziehungen langfristig entwickeln würden, werde sich zeigen. Das hänge auch von der Steuerentwicklung in ganz Deutschland ab. Es bleibe zu hoffen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse auf dieser Grundlage tatsächlich realisiert werden könnten. Sicherlich werde man sich in der näheren Zukunft auch weiter mit der Unterstützung einkommensschwacher Länder, die infra-

strukturelle Probleme hätten, befassen. Eine solche werde es dann nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedürftigkeit geben.

Vernünftiger Kompromiss

Sebastian Scheel, DIE LINKE, würdigte die Neuregelung als einen vernünftigen Kompromiss, auf dem der Freistaat aufbauen



www.landtag.sachsen.de

könne. Das jahrelange Gezerre um einen neuen Länderfinanzausgleich habe Böses ahnen lassen. Gelungen sei das erzielte Ergebnis, weil sich die 16 Länder über die Parteigrenzen hinweg geeinigt und gegenüber dem Bund mit einer Stimme gesprochen hätten. Die Einigung mache nun auch zahlreiche Grundgesetzänderungen nötig. Seine Fraktion werde genau beobachten, wie sie umgesetzt würden.

Nicht mit der Gießkanne!

André Barth, AfD, würdigte die Einigung zwischen Bund und Ländern als ein gutes Zeichen. Nun müssten die Transferzahlungen nach Sachsen endlich in greifbare Ergebnisse umgesetzt werden, sonst werde der Aufholprozess der östlichen Bundesländer niemals gelingen. Die Staatsregierung müsse aufhören, das viele Geld mit der Gießkanne zu verteilen und Kernaufgaben wie Bildung und innere Sicherheit über Jahre hin zu vernachlässigen. Zudem lebe der Freistaat trotz Mahnung seitens des Landesrechnungshofes weiter von der Substanz und investiere zu wenig in den Erhalt der Straßen. Ähnlich sehe es bei den dringend notwendigen Investitionen in die sächsischen Krankenhäuser aus. Seine Fraktion wolle die Transfer-



44. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ist zugleich auch eine Finanzierungslücke abgewendet worden.

// Dr. Fritz Jaeckel

gelder schwerpunktmäßig nicht für Asyl und Integration oder politische Umerziehung ausgeben, sondern für die Zukunft der sächsischen Bürger.

Für mehr Transparenz

Franziska Schubert, GRÜNE, kritisierte, dass die Finanzschwäche der Kommunen nicht voll berücksichtigt worden sei. Zugleich mahnte sie mehr Transparenz in der Haushaltspolitik an. Jetzt bleibe es abzuwarten, wohin die Neuregelung führe und was sie für den Föderalismus in Deutschland insgesamt bedeute. Sachsens Zahlungsfähigkeit sei bis 2030 wie-

der hergestellt. Aber angesichts der weiterhin hohen Abhängigkeit des Freistaats von Transferzahlungen von Bund und auch EU sowie der anhaltenden systemischen Strukturschwäche bleibe es für sie erst einmal nur bei einem Aufatmen. Ein Erfolg sei es aber noch nicht.

Finanzierungslücke abgewendet

Abschließend betonte Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, dass mit dieser Einigung die finanziellen Voraussetzungen für weiteres Wachstum des Frei-

staats gesichert worden seien. Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs sei zugleich auch eine Finanzierungslücke abgewendet worden. Es habe die Befürchtung bestanden, 2019 750 Millionen Euro weniger einzunehmen. Jetzt gebe es Planungssicherheit. Zudem sei das Land dann nicht mehr auf Sondertöpfe angewiesen, sondern voll in das bundesweite Ausgleichssystem eingebunden. Das sei eines der wichtigsten Ergebnisse. Sachsen werde auch in den nächsten Jahren mit einer unterdurchschnittlichen steuerlichen Finanzkraft zu kämpfen haben, die bei etwa 54 Prozent der westlichen Bundesländer liege.

// Aloysius Mikwauschk

// Sebastian Scheel

// Dirk Panter

// André Barth

// Franziska Schubert





44. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Frauke Petry // Foto: R. Deutscher

»So geht Sächsisch nicht!«

Uwe Nösner

AfD: Vertreten sächsische Politiker wirklich ihre Bürger?

// Im zweiten Teil der Aktuellen Stunde am 10. November 2016 wurde auf Antrag der AfD unter dem Titel »So geht Sächsisch nicht!« über die Vorwürfe der Beschimpfung der eigenen Bürger durch Politiker und Medien und der Stigmatisierung Sachsens als rechtsextremistisch gesprochen. //

Nach Auffassung von Dr. Frauke Petry, AfD, habe das Verhalten sächsischer Politiker in der Öffentlichkeit die Imagekampagne »So geht Sächsisch« konterkariert. Sächsische Bürger und Polizisten würden immer wieder in die rechte Ecke gestellt. Sie hätten eine bessere Politik verdient und würden diese in absehbarer Zeit nach den Wahlen auch bekommen. Rico Anton, CDU, bezeichnete bereits den Titel der Debatte als entlarvend. Bei keiner Fraktion im Landtag lägen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander. Das Geschäft der AfD bestehe darin, mit dem Finger auf andere zu zeigen, zu hetzen und zu spalten. Sein Fraktionskollege Sören Voigt empfand es als lächerlich, wie sich die AfD im Landtag als moralische Instanz aufspiele.

Unzufriedenheit

Wie Franz Sodann, DIE LINKE, betonte, leide das Außenbild Sachsens durch Fremdenfeindlichkeit, brennende Asylbewerberheime und Pegida in Dresden. Das Land habe Probleme mit Kinderarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, prekären Lebenssituationen, Polizei- und Lehrermangel. Auch im Freistaat spreize sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Das sei ein

Foto: S. Giersch



Hauptgrund für die zunehmende Unzufriedenheit. Die AfD aber, so Hanka Kliese, SPD, wolle immer auf Gefühle hinaus, nicht auf Fakten. Dazu zähle auch das chauvinistische Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Kulturen, das am 3. Oktober auf dem Weg in die Frauenkirche zu beobachten gewesen sei, als Anhänger von Pegida und AfD einem dunkelhäutigen Teilnehmer des Gottesdienstes Affengeräusche gewidmet hätten.

Hetze beenden!

Wie Valentin Lippmann, GRÜNE, abschließend feststellte, sei die Fraktion, die die Bürgerinnen und Bürger durch ihre parlamentarische Arbeit am wenigsten verträte, zweifelsohne die AfD. Stattdessen würden Probleme kleingeredet und der eigene Anteil am Außenbild Sachsens völlig verkannt. Die AfD solle aufhören, mit Hetze den Nährboden für Hass und Gewalt zu legen.

»Euch gebührt bereits jetzt Lob und Anerkennung«



Foto: R. Deutscher

// Am 5. November 2016 fand im Plenarsaal des Sächsischen Landtags das 14. Jugend-Redeforum statt, bei dem Schülerinnen und Schüler aus Sachsen und anderen Bundesländern ihre Fähigkeiten beim Debattieren und Referieren zeigen konnten. //

Johanna Kröner

»Landwirtschaftsminister

Rhetorik und Esprit beim
14. Jugend-Redeforum des
Sächsischen Landtags



Fotos: R. Deutscher



Gut 150 Freunde, Angehörige und natürlich Lehrkräfte lauschten den jungen Talenten und unterstützten ihre Schützlinge tatkräftig. Ausdrucksfähigkeit, Inhalt, soziale Kompetenz und Körpersprache bewertete die

sechsköpfige Fachjury mit einer Punktevergabe von 1 bis 6.

Debattiert wurde in sechs Diskussionsrunden am Vormittag à 15 Minuten zu einem fünf Minuten vor Beginn bekannt gegebenen Thema. Die

drei Erstplatzierten einer jeden Runde hatten sich für die dreiminütigen Einzelvorträge am Nachmittag qualifiziert. Am Ende waren es aufgrund von Punktgleichheit 19 Kandidaten.

»Wir wollen gehört und verstanden werden!«

Die erste Diskussionsrunde startete zum Thema »Lehrer-TÜV – Sollten Lehrer regelmäßig Prüfungen ablegen?«. Eine hitzige Debatte, die sich den Fragen der Veränderungen des Lehrplans, aber auch dem Lehrermangel widmete. »Die Lehrer bilden die Zukunft aus – also uns!«, war nur eines von mehreren bemerkenswerten Zitaten. »In der Prüfungsstunde werden sich die Lehrer benehmen, danach wird der Unterricht wie bisher weitergeführt«, befürchtete eine der jungen Damen. Die Zuhörer amüsierten sich. Für ihre 17 Jahre

kann jeder werden«

// Unter die 34 Teilnehmer des 14. Jugend-Redeforums vom 5. November 2016 mischten sich in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 12 aus Gymnasien und Oberschulen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, um ihre Debattier- und Redekünste auf den Prüfstand zu stellen. Horst Wehner, Vizepräsident des Sächsischen Landtags, machte bereits bei seiner Eröffnung deutlich: »Egal, wer am Ende hier gewinnt, Euch gebührt bereits jetzt Lob und Anerkennung, für Euren Mut und Euer Engagement!« //

// Horst Wehner



debattierte sie mit großer Überzeugungskraft und tief empfundener Leidenschaft. »Wie ein Profi«, dachte ich.

Leidenschaftlich wurde auch diskutiert zum Thema »Brauchen wir mehr Polizei?«. Bemerkenswert hier, dass sich ein Achtklässler sehr achtsam gegen die vermeintliche Übermacht der Älteren geschlagen hatte. »Was macht Deutschland aus?«, war das dritte Thema des Vormittags. Und es ging munter weiter auf hohem Niveau, wie ich fand: »Länder, das sind doch nur Grenzen, die irgendjemand irgendwann einmal festgesteckt hat.« Ob es überhaupt »den« oder »die« Deutschen gibt? Und wenn ja, gibt es das typisch Deutsche? Ein Aspekt, der mich zum Nachdenken anregte.

»Landwirtschaftsminister kann jeder werden!«, stellte ein Teilnehmer in einer anderen Runde etwas apodiktisch fest. Ich schaute verdutzt in das Plenarrund, bemerkte aber zu meiner Erleichterung ein verhaltenes Schmunzeln auf allen Gesichtern. Zuvor war festgestellt worden, dass »auf dem Gymnasium nur Gebildete« seien. Die Lacher hatten die Schüler beide Male auf ihrer Seite. Wie überhaupt bei den diesjährigen Diskussionsrunden, in allen Themen war hohe Qualität immer gepaart mit Esprit und markigen Aussagen.



Leidenschaft, Emotionen und Rhetorik

Diese Mischung aus großer Leidenschaft, gepaart mit Emotion und einer durchgängig qualitativ hochwertigen Kunst der Rhetorik, hielt auch bei den Einzelvorträgen am Nachmittag an.

Zum Sieger wurde schließlich Benedikt Ehmer vom Landesgymnasium Sankt Afra gekürt. Er lieferte ausgezeichnete Argumente in sprachlich sehr niveauvoller Form, setzte Mimik und Gestik geschickt ein und brachte die Fakten kurz und knackig zum Thema »Was ist wichtiger – Programmier- oder Fremdsprachen?« auf den Punkt. »Die Programmiersprache ist

eine Kommunikation mit einer Maschine, die Fremdsprache hingegen ist soziale Kommunikation«, drückte er fast schon philosophisch aus.

Mich überraschte Benedikt Ehmer mit einer festen Stimme und der lockeren und doch geraden Haltung während seiner Rede. Geschickt setzte er Lautstärke und Betonung ein, hielt ein perfektes Tempo – auf den Punkt genau, könnte man sagen.

Andere hatten ganz unterschiedliche Empfindungen: »Das war nichts; voll peinlich!«, meinten ein paar enttäuschte Schüler nach ihrer Rede. Doch bald kam die Überzeugung durch, »nicht umsonst beim Jugend-Redeforum mitgemacht«

zu haben. Mehr als verständlich ist die Aufregung, die einem die Sprache am Rednerpult verschlägt oder eine zitternde Stimme, weiche Knie und schwitzende Hände beschert. Das kennt wohl jeder, der schon einmal vor so vielen unbekanntem Menschen eine Rede halten sollte. Der »Stress« fängt ja schon früh an, denn eine Rede beginnt mit dem Betreten des Plenarsaals und dem Blickkontakt und nicht erst mit der Anrede.

Meine Meinung über die insgesamt hohe sprachliche Fertigkeit der Teilnehmenden teilte die Jury. »Die Qualität der Reden hat zugenommen, es gilt ein besonderer Dank den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen«, sagte Jacqueline Schäfer am Ende der Veranstaltung.



www.landtag.sachsen.de



Hans-Peter Maier

Mut haben, zu erklären

Zwischenbericht zur Arbeit der Enquete-Kommission zum Thema Pflege

Es gelte der Grundsatz, solange wie möglich zu Hause zu pflegen, bevor eine stationäre Aufnahme in ein Pflegeheim in Betracht gezogen würde, sagt der Vorsitzende der Kommission, Oliver Wehner (CDU). Derzeit würde die Pflege in den eigenen vier Wänden nicht nur die Fürsorge durch Angehörige, sondern auch Hausbesuche von Pflegekräften umfassen. Dies treffe auf etwa 70 Prozent aller »Pflegebedürftigen« zu, wohingegen »nur« 30 Prozent stationäre Pflege in Anspruch nehmen müssten.

Das sei einer der Punkte, fasst Wehner zusammen, der beim ersten, nun abgeschlossenen Arbeitsschritt der Enquete-Kommission, einer umfassenden

// Den Traum vom ewigen Leben haken die meisten von uns als unerfüllbar ab, jenen von einem langen Leben indes keineswegs. Gesund müsse man sich ernähren, den Blutdruck und den Cholesterinspiegel im Auge behalten, Sport treiben, weil nur in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist wohnen könne. Doch verbirgt sich im »langen Leben« die Endlichkeit. Pragmatismus ist gefragt. Der Begriff »Pflege« – allzu häufig negativ besetzt – bestimmt aktuell immer öfter die allgemeine Diskussion in unserer älter werdenden Gesellschaft. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags haben reagiert und eine Enquete-Kommission zu ebenjenem Thema eingesetzt. Ein Zwischenbericht. //

den Bestandsaufnahme, festgestellt worden sei. »Allerdings«, so der gelernte Kaufmann weiter, »dürfen wir nicht verkennen, dass sich diese 30 Prozent stetig und nicht wirklich langsam nach oben bewegen«. Dem werde auf Bundesebene mit den Pflegestärkungsgesetzen zwar versucht, Rechnung zu tragen, doch »für uns im Freistaat bedeutet dies in jedem Fall, dass sich die Kosten im Pflegesystem erhöhen werden«.

Recht auf Pflege – Pflicht zur Vorsorge?

Der Zugang zu den Pflegeheimen solle erleichtert werden, ohne dass am Grundsatz gerüttelt werden solle, vorzugsweise zu Hause gepflegt zu werden und einen Umzug in ein Pflegeheim so lange wie möglich hinauszuzögern. »Das sind wir den Menschen schuldig«, erklärt Wehner fest und zeigt jenes verbindliche Lächeln,

das es ihm leicht macht, mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Allerdings, so sagt er weiter, sei dies nur ein Aspekt. Angebote für ein »gesundes Altern« bestünden bereits; sie müssten zwar erweitert und intensiviert, doch sollten sie auch wahr- und in Anspruch genommen werden: »Wir bieten vielfältige Präventionsangebote – von »gesunder Ernährung« bis hin zu Gesprächsrunden. Von denen

können nicht nur die Pflegebedürftigen selbst, sondern auch Angehörige, Ehrenamtliche und weitere an der Pflege beteiligte Personenkreise profitieren!« Die Zukunft werde eine »verbesserte Vernetzung« und eine fundierte »Etablierung bestehender Initiativen« bringen. Schließlich sollten sich die Menschen gut unterstützt und beraten fühlen, um bewusst die Entscheidung für eine auf persönliche Vorstellungen und Bedürfnisse angepasste Pflege treffen zu können.

rienkatalog erfasst, jedoch fließe nur ein Teil in die Bewertung ein, was jene Verzerrung erst ermögliche. Diese Problematik werde nun deutschlandweit geändert und ergebe für Sachsen ebenfalls neue Verhältnisse.



// Oliver Wehner

Zu fragen sei in der Pflege-Enquete zudem auch, wie sich im Lauf der Jahre Krankheitsbilder verändert hätten und möglicherweise weiter verändern würden. »Demenz«, um nur ein Beispiel zu nennen, müsse noch viel stärker als ein neues Krankheitsbild wahrgenommen und die Pflegetätigkeit entsprechend angepasst werden. Das wiederum eröffne eine Diskussion, der sich unsere Gesellschaft stellen müsse, mahnt der studierte Politologe Wehner an: »Welchen Stellenwert, ja welchen demokratischen Wert soll Pflege künftig haben und was sind wir bereit, dafür zu geben?«

Letztlich münde die Bestandsaufnahme in eine Diskussion der Pflege-Enquete über drei Themenschwerpunkte: 1. »Pflegebedürftige, Angehörige und



Ehrenamtliche«, 2. Berufsfeld Pflege, 3. Infrastruktur des Pflege-sektors. Wehners Lächeln wirkt beharrlich: »Wir unterhalten uns am Ende darüber, wie wir diese drei Säulen nicht nur materiell, personell und finanziell ausstatten, sondern vor allem ideell/wertschätzend in eine neue Richtung bringen wollen!«

kreis zusammgekommen sind. Sie erzählen, was auch der Regionalvorstand der Johanniter, Carsten Herde, gern hört, dass alles, was Haus und Betreuung betreffe, gut sei.

Doch ist das Bad in der Menge nicht von langer Dauer und am Ende steht ein Mann, der das Thema der Enquete-Kommission seinem Verständnis als



Heim-TÜV neu strukturieren – Anpassen an Bedürfnisse

Auf Bundesebene habe sich eine Expertenmeinung durchgesetzt, wonach die Bewertungskriterien für eine Pflegeeinrichtung neu strukturiert werden müssten: »Wenn ein Pflegeheim, platt formuliert, eine gute Küche hat, bekommt es dafür Bonuspunkte; die kann es gegebenenfalls gegen Minuspunkte bei schlechter medizinischer Versorgung auf- bzw. gegenrechnen«. Zwar werde bereits ein umfangreicher Krite-



Fotos: S. Giersch

Länger leben und länger arbeiten

Im Pflegeheim in Dohna sucht Wehner den Kontakt zu den Heimbewohnern und zu jenen fast ausschließlich weiblichen Patienten, die im Rahmen ambulanter Pflege zum Gesprächs-

Vorsitzender anpasst: »In der Kommission – aber auch darüber hinaus – müssen wir den Mut haben, zu erklären, welche Optionen es gibt – und welche eben nicht!«

Politische Bildung heißt auch Theater

Ein Tag mit Dr. Stephan Meyer, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien

Hans-Peter Maier



// Dr. Stephan Meyer
Fotos: R. Deutscher

Im Gerhart-Hauptmann-Theater in Zittau setzt er sich zu Schauspielern des dortigen Ensembles und bekommt auf Nachfrage verdeutlicht, dass Durchschnittsgehälter für Schauspieler im Kulturraum Oberlausitz bei tatsächlich nur 2.000 Euro brutto monatlich liegen.

// Ihm liege das Türöffnen, das Verbinden und Kommunizieren, sagt er von sich. Der CDU-Mann Dr. Stephan Meyer ist ein Abgeordneter der lockeren, irgendwie unpräzisen und vertrauenserweckenden Art. Im Rahmen seiner Verantwortung als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien haben wir ihn einen Tag lang begleitet. //

Sabine Krug, Stephan Bestier und David Pawlak hatten sich den bundesweiten Aktionstag »Theaterleute treffen Landtagsabgeordnete« dafür ausgesucht, »ihrem« MdL ihre Situation zu erklären: Die eigentliche Misere liege im Bundestarifvertrag, dem sogenannten »NV Solo«, begründet. Schauspieler bekämen Jahresverträge, in denen auch die Höhe der Gage festgelegt sei.

»Künstlerische Gründe«

Am Ende einer Spielzeit würden sie gegebenenfalls nicht gekün-

dig; ihre Verträge liefen lediglich aus oder würden – »aus künstlerischen Gründen« – einfach nicht verlängert. Das wiederum bedeute, dass sich die Frage nach einer gewerkschaftlichen Betreuung, die bekanntlich bei Fragen der Eingruppierung, des Urlaubs und des Kündigungsschutzes greife, im Rahmen der »NV Solo« erst gar nicht stelle. Das Postulat der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelte offenbar für Schauspieler nicht, sagen die drei. Die Angst bestehe, dass politische Bildung im besten demokratischen Sinn im Theater gar nicht mehr stattfinden könne.

Meyer wirkt betroffen: »Kulturräume«, weiß er, »sind autonome Verbände, die über ihre interne Finanzverteilung selbst entscheiden«. Es sei in diesem konkreten Fall zwar bedauerlich, dass Bautzen im Einklang mit den Sorben versuche, Zittau kleinzuhalten, doch sei hier, vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung der Kulturräume, eine Einmischung des Landes nur sehr behutsam vorzunehmen: »Wenn wir ohne Zweckbindung mehr Geld geben würden, käme das nicht zwangsläufig bei Ihnen an.«

Vielmehr regt Meyer eine konzertierte Aktion (mehr Beteiligte an einen Tisch) an, um Erleichterungen bei der Familienplanung, der Stundenbelastung und dem immer noch anhaltenden Stellenabbau erreichen zu können: »Suchen Sie auch das Gespräch mit den Stadträten!«



Gearbeitet werde im IWU Zittau bereits seit 2011 – zunächst nur mit zwei Mitarbeitern. Nach fünf Jahren der Fremdfinanzierung durch das Land Sachsen sei man nun seit dem 1. Januar dieses Jahres »selbstfinanziert«, erzählt der Wissenschaftler stolz. Die Zeit sei gut genutzt worden, verrät Scholz. Das habe Klinkenputzen bedeutet. Nun aber sei Licht am Horizont sichtbar: »Wir haben uns in den Landkreisen Bautzen und Görlitz, aber auch mit Volkswagen gute und verlässliche Partner gesichert.«

Für Meyer ist die Fraunhofer Dependance in der Theodor-Körner-Allee (Eröffnung am 2. November 2016) ein weiterer gelungener Beitrag, das Strukturproblem in der Oberlausitz zu lösen: »Es gilt, Kreatives zu schaffen und zu Schnittstellen zu formen, von denen alle profitieren können! Es müssen sich möglichst viele Unternehmen durch eigene Innovationen weg von der verlängerten Werkbank hin zu stabilen Mittelständlern entwickeln.«

Natürlich setze er sich dafür ein, Information so breit wie möglich zu streuen. Das sei ganz besonders für die Oberlausitz wichtig: »Selektive Informationsbeschaffung ist kein Zukunftsmodell«, sagt Meyer und

beharrt darauf, dass der Erfolg in der Diversifikation und Vielfalt, auch in der Information liege.« Aus Information muss Wissen und daraus müssen letztlich Produkte und Dienstleistungen entstehen.«

»Einfache Rolle«

Nein, ein Politiker, der alles erledigen könne, sei er keineswegs, umreißt Meyer seine Einflussmöglichkeiten beim anschließenden Termin mit Eltern-, Schul- und Kommunalvertretern zum Thema »Beförderung von Schülern im Landkreis«. Hier sieht er seine Rolle vor allem darin, zu moderieren, vielleicht sogar als Mediator, in jedem Fall aber vorhandene Lösungsvorschläge zu befördern: »Es ist nicht einfach, wenn ich merke, dass man von mir Wunderdinge erwartet.«

Ein Politiker, so Meyer weiter, dürfe den »Draht zur Bevölkerung« nicht verlieren. Das bedeute, dass es auch mal unbequeme Situationen auszuhalten gebe. Ein offenes Visier sei häufig ein Garant für stolperfreies Laufen: »Ich halte es für wichtig, dass wir auch vor einer großen Gruppe das sagen, was wir in kleinerem Kreis gerne von uns geben!«

»Thermische Verwertung«

Themen- und Ortswechsel. Das Stichwort lautet »funktionsintegrierende Kunststofftechnologie«. Schauplatz: das Zittauer Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik (IWU), kurz »Fraunhofer-Kunststoffzentrum Oberlausitz«. Professor Dr. Sebastian Scholz stellt das Herzstück vor: ein Labor mit Maschinen im Wert von knapp zwei Millionen Euro. Hier wird Kunststofftechnik neu entwickelt: Die generative Technik konzentriert sich auf 3-D-Druckerzeugnisse, während gleichzeitig im Leichtbauverfahren Textilverstärker genutzt werden, um Halt- und Belastbarkeit bei extrem niedrigem Gewicht zu erhöhen.

Scholz spricht von einer »thermischen Verwertung«. Dahinter verberge sich keine Abfallbeseitigung im herkömm-

lichen Sinne, vielmehr handele es sich dabei um spezifische Kunststoffverbrennungsanlagen für Duroplast-Produkte. Thermoplast-Produkte seien ohnehin im Sinne eines Recyclings wiederverwertbar.



»Bürger und Demokratie« – Delegation

Fotos: S. Giersch

Dr. Thomas Schubert

// Obgleich allorts von Demokratie gesprochen wird, geraten oftmals Grundprinzipien, auf denen unsere parlamentarische Demokratie beruht und die für deren Verstehen und Akzeptanz zentral sind, aus dem Blickfeld. Das gilt besonders für das Verhältnis von Bürgern und Demokratie, für die gelebte Volkssouveränität, in der die Bürger ihre Demokratie ausformen. Die Artikelserie rückt dieses Verhältnis in den Mittelpunkt, indem sie vier Prinzipien nachgeht: »Partizipation«, »Repräsentation«, »Delegation« und »Legitimation«. //

»Das Handeln für andere ist das Wesen des Politischen. Auch in der direktesten Demokratie handeln die Bürger, wenn sie politisch entscheiden, für andere. Die Frage ist nicht, ob sich das Handeln für andere durch ein Handeln eines jeden für sich selbst ersetzen lässt. Das wäre nicht das Ende der repräsentativen Politik, sondern das Ende der Politik. Die Frage ist, ob die, die für andere handeln, sich dessen bewusst sind; ob sie kontrolliert und zur Verantwortung gezogen werden können; ob alle Bürger eine Chance haben, wenn sie denn wollen, an dem Handeln für andere mitzuwirken.«¹ Peter Graf Kielmansegg bringt es auf den Punkt: Demokratie meint nie automatisch Selbstbestimmung des Volkes, und die Delegation ist (wie Partizipation und Reprä-

sentation) eines ihrer legitimen Bestandteile.²

Alle demokratischen Gesellschaften verlangen ob ihres komplexen Miteinanders nach Delegation.³ Das gilt für ihr Wirtschaftsleben oder den Bildungssektor genauso wie für ihren politisch-administrativen Bereich. Überall besteht die Notwendigkeit, Handlungsmacht an Institutionen oder Personen zu transferieren, die über spezielle Kompetenzen verfügen, die einem selbst nicht zu eigen sind bzw. die man sich nicht zu eigen machen kann, deren positive Effekte man aber für sich nutzen möchte. Delegation meint somit kollektives

Handeln, bei dem Auftraggeber und Beauftragte ihre Kräfte koppeln. Ob dabei die Auftraggeber stets Nutzengewinne erfahren, das ist unsicher. Denn Delegation ist nie ein perfekter, wohl aber der einzig praktikable Weg.

Demokratische Delegationskette

In der parlamentarischen Demokratie sprechen wir von einer »Delegationskette«,⁴ an deren Anfang die Bürger in Wahlen Teile ihrer politischen Souveränität – zeitlich limitiert – auf Vertreter aus ihren Reihen





überleiten. Sie erteilen ihnen ein politisches Mandat (z. B. Bürgermeister oder Abgeordnete von der Kommunal- bis zur EU-Ebene). Die repräsentative Demokratie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass nicht alle Bürger kontinuierlich öffentliche Fragen erörtern sowie politische Entscheidungen treffen können und wollen. Um dennoch stetes politisches Arbeiten zu gewährleisten, delegieren die Bürger politische Handlungsmacht an Vertreter, ohne damit jedoch einen konkreten inhaltlichen Auftrag zu verbinden (freies Mandat).

Das zweite Glied der Delegationskette bilden die Parlamente. Sie sind neben ihrer Rolle als Beschluss- und Kontrollorgan auch darauf ausgelegt, eine Regierung zu bilden und sie arbeitsfähig zu halten bzw. sie abzulösen. Das wird im Diskurs über Parlamente gern vergessen. Entsprechend delegieren die Mehrheitsfraktionen einen Teil ihrer politischen Handlungsbefugnis an die Regierung. Diese wiederum lenkt als Ganzes partielle Handlungsmacht an einzelne Ministerien, die ihrerseits in Richtung der zahlreichen Verwaltungen delegieren. Letztgenannte bilden zwar das Ende der Delegationskette. Ihre Relevanz für das Gelingen des gesamten Politikprozesses ist jedoch immens.

Selbst die Arbeitsweise des Parlaments, genauer gesagt die seiner Fraktionen, beruht auf Delegation. So ist es für einzelne Abgeordnete unmöglich, alle politischen Felder gleichermaßen zu durchdringen. Jede Fraktion entsendet daher fachkundige Vertreter in Ausschüsse, die dann dort Beschlussempfehlungen erarbeiten. Ferner delegieren Abgeordnete Kompetenzen an die Fraktionsführung und beugen so der Gefahr eines kollektiven Handlungsdilemmas vor. Delegation fungiert im innerparlamentarischen Raum damit als nützliche wie notwendige Arbeitsteilung, bei der in der Praxis freilich Konflikte mit der verfassungsmäßigen Mandatsfreiheit nicht ausbleiben (etwa bei der Mehrheitsbildung und in Fragen der Fraktionsdisziplin).

Parteien und Delegation

Typisch für die Parteidemokratie ist die starke Rolle der Parteien bei der Delegation.⁵ Sie sind einerseits die zentralen »Personalrekrutierer«, indem sie in demokratischen Verfahren Personen delegieren, die sich dann zur Wahl stellen. Auf diese Weise beeinflussen die Parteien alle Glieder der Delegationskette (am wenigsten die Verwaltungen). Anderer-

seits eruieren sie als politische Bürgervereinigungen, die den vielfältigen Volkswillen organisieren, kontinuierlich das Handeln der Mandats- und Amtsträger und bestimmen, indem sie etwa Programme verabschieden, auch deren Aktionsradius mit. Dementsprechend groß ist die Verantwortung der Parteien, und es steht die Frage im Raum, wem die Delegierten mehr verpflichtet sind, ihrer Partei oder den Bürgern. Die Antwort darauf ist so komplex, wie das politische Leben bunt ist. Zu ihr gehört auch, dass Fraktionen und Regierungen oft erstaunlich unabhängig von den Parteigremien agieren.

Kontrolle und Verantwortlichkeit

Das Delegationsprinzip ist in der parlamentarischen Demokratie nicht nur eine praktische Notwendigkeit, und schon gar nicht schwächt es ihre Legitimität ab. Denn schließlich basiert die Delegation auf einem von allen Beteiligten akzeptierten Regelwerk – der Verfassung. Selbstredend beinhaltet Delegation für jene, die Handlungsmacht abgeben, das Risiko, dass nicht in ihrem Interesse gehandelt wird. Der Delegationskette steht deshalb immer eine Kontrollkette gegenüber.

Freilich schließt diese Fehler nicht aus oder wendet Ineffektivität und Parteipatronage ab, wohl aber verhindert sie systematischen Machtmissbrauch. Die Verwaltung wird von den Ministerien kontrolliert, die Ministerien müssen sich der Regierung als Ganzes verantworten, die wiederum der Kontrolle des Parlaments unterliegt. Das alles begleiten institutionelle Vetospieler (z. B. Bundesrat, Verfassungsgerichte), die Medienöffentlichkeit, zahlreiche Interessenverbände und die Parteien. Am Ende jedoch ziehen die Wähler ihre politischen Vertreter und deren Parteien in regelmäßigen Abständen zur Verantwortung. Verbindet sich doch mit jeder Wahl auch ein Urteil darüber, ob die Repräsentanten in der Vergangenheit ihr Mandat im Interesse der Wähler ausgeübt haben.

- 1 Peter Graf Kielmansegg: Seid auf der Hut vor zu viel Wut ..., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 2015.
- 2 Vgl. ders.: Die Grammatik der Freiheit, Baden-Baden 2013, besonders S. 39–69.
- 3 Vgl. Dietmar Braun/Fabrizio Gilardi (Hrsg.): Delegation in Contemporary Democracies, New York 2006.
- 4 Vgl. Kaare Strøm: Parliamentary Democracy and Delegation, in: ders./Wolfgang C. Müller/Torbjörn Bergman (Hrsg.): Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, Oxford 2003, S. 55–106.
- 5 Vgl. weiterführend Everhard Holtmann: Der Parteienstaat in Deutschland, Bonn 2012, besonders S. 37–39.



Katja Ciesluk

Virtueller Besuch im Landtag

Neuerungen auf der Website des Sächsischen Landtags

Mit dem neuen virtuellen Rundgang präsentiert sich das sächsische Landesparlament auf innovative Art und Weise im Internet. Mittels interaktiver 360-Grad-Kugelpanoramen können sich die Besucher an zwölf verschiedenen Orten umsehen, u. a. im Plenarsaal und der Lobby, im Innenhof des Parlamentsgebäudes, in Sitzungssälen sowie im Ständehaus. Am heimischen PC oder mit ihrem Smartphone haben die Nutzer jetzt die Möglichkeit, das Parlament zu erkunden und dabei auch einen Blick in nicht öffentlich zugängliche Räume wie das Amtszimmer des Landtagspräsidenten oder den Großen Saal im Ständehaus zu werfen. Jeder Nutzer bestimmt dabei seine Blickrichtung selbst. Man kann Details vergrößern und seinen Rundgang durch die Räume und Außenanlagen des Parlamentes individuell gestalten. »Die Besucher werden zu aktiven Ent-

// Die Website des Sächsischen Landtags bietet ihren Besuchern ab sofort zwei neue Angebote, die den Internetauftritt www.landtag.sachsen.de weiter aufwerten. Ein virtueller Rundgang lädt die Nutzer zur interaktiven Tour durch das Parlament ein. Außerdem sind jetzt historische Abgeordnetenlisten sowie verschiedene statistische Auswertungen zu den Abgeordneten von 1990 bis heute online abrufbar. //

deckern«, lädt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner alle Bürgerinnen und Bürger herzlich zur virtuellen Tour durch das Hohe Haus ein.

In jedem Panorama vermitteln Infoboxen in Bild und Text zusätzliche Informationen zum Parlament, zu seinen Aufgaben, den hier wirkenden Personen und ausgestellten Kunstwerken. Der Rundgang ist für die Darstellung auf mobilen Geräten sowie die unkomplizierte Weiterverbreitung in den sozialen Medien optimiert.

Der Rundgang unterstützt zudem Virtual-Reality-Anwen-

dungen. Die Betrachter können in Verbindung mit einem Cardboard oder einer VR-Brille mit ihrem Smartphone (iOS oder android) auf Entdeckungsreise gehen und ein besonderes 3-D-Erlebnis erfahren. Damit bietet der Sächsische Landtag eine neue Möglichkeit, um sich mit dem Landesparlament vertraut zu machen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der virtuellen Erkundungsreise durch das sächsische Landesparlament. Natürlich freuen wir uns in der Zukunft genauso auf Ihren persönlichen Besuch im Landtag in Dresden.

Historische Abgeordnetenlisten und Abgeordnetenstatistik

Ab sofort sind außerdem auf der Website historische Daten, u. a. zu Zusammensetzungen des Landtags, seiner jeweiligen Ausschüsse und Gremien sowie Fraktionen – stichtagsbezogen seit 1990 (27. Oktober 1990, Konstituierung des 1. Sächsischen Landtags nach der Wiedergründung des Freistaates Sachsen) recherchierbar. Auch statistische Auswertungen, beispielsweise zum Durchschnittsalter der Parlamentarier, zur Geschlechterverteilung, zur Konfession sowie zum Familienstand sind über die Website abrufbar.

Katja Ciesluk

Neue Werke älterer Künstler im Landtag

Ausstellung »Alterswerke IV – Augenstern« zeigt Kunst der Generation 70+

// Zum vierten Mal seit dem Jahr 2000 gastierte die Ausstellungsreihe »Alterswerke« vom 14. Oktober bis 14. November im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Alleinstellungsmerkmal der Reihe des Künstlerbundes Dresden e. V. ist das Alter der beteiligten Künstlerinnen und Künstlern: Sie alle sind jenseits der 70. //



Fotos: O. Killig

»Es ist junge Kunst, aber nicht die Kunst der Jungen«, brachte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler das Anliegen der »Alterswerke« zur Vernissage am 19. Oktober vor den zahlreich erschienenen Gästen und Künstlern auf den Punkt. Den Kunstwerken seien jahrzehntelange persönliche und künstlerische Entwicklungen vorausgegangen, so Rößler weiter. Entstanden sind die Werke, die mit der Präsentation im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurden, in den vergangenen sechs Jahren seit 2010, als die »Alterswerke« zuletzt im Parlament zu sehen waren.

»In Deutschland ist dieses Ausstellungsformat einmalig«, betonte Claudia Reichardt, die die aktuelle Schau kuratiert hat, anlässlich der Eröffnung. Die Geburtsjahre aller knapp 100 beteiligten Kunstschaffenden – im Übrigen nicht nur Mitglieder des Künstlerbundes – liegen zwischen 1917 und 1946.

»Die Ausstellung soll einen Überblick geben, einen Einblick in das Kunstschaffen dieser Generation in der Stadt«, formulierte Thomas Hellinger, Vorsitzender des Künstlerbundes Dresden e. V. und auch selbst als Künstler tätig, den Anspruch der breit gefächerten Ausstellung. Und das tat sie mit ihren fast 130 Exponaten auf beeindruckende Weise: So umfasste die Schau Werke aus den Genres Malerei, Grafik, Zeichnung, Collage, Mischtechnik, Bildhauerei, Skulptur und Fotografie, u. a. von Max Uhlig, Evelyn Richter und Gerda Lepke. Erstmals wurden auch Arbeiten gezeigt, deren Schöpfer seit den letzten »Alterswerken« verstorben sind, so z. B. Max Manfred Queißer, Gottfried Körner, Krista Grunnicke oder Günter Hornig.

Für viele Künstler ist ihr Beruf zugleich Berufung, das schöpferische Streben endet nicht mit einer Regelaltersgrenze. Vielmehr stellt die künstlerische Kreativität auch im hohen Alter einen wichtigen Teil der Lebensqualität dar. Werden diese Arbeiten einer breiten Öffentlichkeit gezeigt, so bedeutet dies für die Künstler eine wichtige Wertschätzung ihrer Arbeit, die zugleich den eigenen Blick auf das Geschaffene beeinflusst. »Kunstwerke müssen gesehen werden, denn erst durch das Betrachten werden sie zur Kunst«, formulierte Hellinger bei der Vernissage treffend. Der Künstlerbund habe dieses Format entwickelt, um seine älteren Mitglieder zu unterstützen und zu zeigen, dass gerade diese Generation eine ganz eigene Haltung zum Leben und zur Kunst entwickelt und überprüft habe. Für die Zukunft, so Hellinger, sei es – neben der Fokussierung auf die Kunst der Älteren – aber auch eine Überlegung wert, »eine künstlerische Begegnung der Großeltern- mit der Enkelgeneration« auf die Beine zu stellen. Damit die Umsetzung der »Alterswerke IV« gelingen konnte, erfuhr das Projekt vielfältige finanzielle Unterstützung u. a. durch das Amt für Kultur und Denkmalschutz der Landeshauptstadt Dresden, die Ostsächsische Sparkasse Dresden und den Verein Freunde professioneller Kunst e. V.

Dem Künstlerbund Dresden e. V. gehören fast 500 Mitglieder, die meist freiberuflich arbeiten, an. Damit ist er die größte berufsständische Interessenvertretung für bildende Künstler im Freistaat. Der Verein besteht seit 1990.

Edith Schriebl

»... und wir wollen ja auch nicht im

Humor im Nachkriegslandtag

Der erste sächsische Nachkriegslandtag begann – kein Scherz – mit einer humoristischen Einlage. Carl-Günter Ruland, Alterspräsident und CDU-Abgeordneter, eröffnete die erste Sitzung mit folgenden Worten: »Es ist mir vermutlich zufolge meines Alters das Amt des Alterspräsidenten zugefallen. Es scheint mir niemand [mein] Alter streitig machen zu wollen, und ich habe deshalb die Ehre, ... die erste Sitzung dieses Hauses zu eröffnen.«

Die harmlose Ironie in Rulands Worten erregte vielleicht keine großen Lacher; sie schraubte jedoch die Feierlichkeit und den Ernst der Stunde auf ein atmosphärisch erträgliches Maß herunter. Ruland sollte nicht der Einzige bleiben, der das soziale Klima im Nachkriegslandtag durch Humor maßgeblich regulierte. Bereits in dieser Tatsache verbirgt sich ein komisches Element. Schließlich inszeniert sich Politik für gewöhnlich als ernste Angelegenheit, die Sinn und nicht Unsinn produziert. Nun besteht aber Humor gerade darin, dass trotzdem gelacht wird, trotz des Ernstes einer Lage oder der Seriosität einer Institution.

Humor ist zwar universell, jedoch stark kulturell geprägt. Was die Gemüter Kleopatras, Ludwigs des Frommen oder Otto Grotewohls erheiterte, lässt sich nur erahnen. Es besteht daher für Historiker immer die Gefahr, Humor dort zu sehen, wo keiner war, oder Dinge ernst zu nehmen, die eigentlich komisch gemeint waren. Der Satz »Sachsen ist das Land der Textilindustrie und leider auch das der Damenstrümpfe« (Fritz Selbmann, SED, 18. PS (Plenar-

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

sitzung) wirkt heute skurril-lustig, im Jahr 1947 war er ernst gemeint und erntete nicht einen müden Lacher.

Worüber im sächsischen Nachkriegslandtag stattdessen gelacht wurde, lassen uns die stenografischen Protokolle wissen. Je nachdem, welche Qualität die Stenografinnen dem Parlamentarierlachen zumaßen, notierten sie Stimmungsparameter wie »Heiterkeit« oder »Lachen«. Ersteres verwies auf eine überparteiliche Wirkung der Komik. Letzteres deutete auf einen Witz mit Parteiabzeichen hin.

»Heiterkeit im ganzen Hause«

Zwischen den beiden Stimmungsvermerken lagen Welten. Das einseitige Lachen geschah

meist auf Kosten einer Person oder Partei innerhalb des Landtags, war also von Grund auf polemisch. Das gemeinsame Lachen hingegen war Ausdruck einer temporären Einigkeit aller Parlamentarier. Banale Dinge, ja gerade die Unverfänglichkeit des Humors machten das gemeinsame Lachen erst möglich. Wilhelm Koenen (SED): »Mir ist die undankbare Aufgabe erteilt worden, einen außerordentlich spröden Stoff hier dem Hause zu unterbreiten und wenn möglich schmackhaft zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Otto Freitag [CDU]: Wir haben schon gegessen!) (Heiterkeit).« Das einhellige Lachen war dabei keinesfalls immer unpolitisch. Zum Teil überrascht es, welche Themen ganz unheilig in einer guten Pointe verarbeitet werden durften: »Der Kartoffelkäfer läßt sich nicht, wie z. B. Men-

schen, durch die ›eiserne‹ Demarkationslinie, die durch unser Vaterland gezogen ist, aufhalten (Heiterkeit)« (Alfred Hantsche, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, 50. PS).

Ein besonders wirksamer kollektiver Lachanreiz war die Selbstironie. Dabei war es gleichgültig, ob sie sich auf den eigenen Berufsstand bezog, wie »Es wird bestritten werden – auch wir [Anwälte] leisten manchmal produktive Arbeit! (Heiterkeit).« (Ralph Liebler, LDP, 18. PS), oder auf den gesamten Landtag, wie »das Haus [ist] nur noch qualitätsmäßig erheblich besetzt ... (Heiterkeit im Saale)« (Hermann Kastner, LDP, 18. PS). Über sich selbst lachen zu können, wirkte als ein Tribut an das Prinzip der Gleichheit und demonstrierte politische Souveränität.

Natürlich waren nicht alle Redner darin begabt, das Plenum zum Lachen zu bringen. Aber wer es konnte, setzte dieses Mittel gezielt ein. Fritz Selbmann, sächsischer Minister für Wirtschaftsplanung, war ein Spezialist darin, grundsätzlichen Dissens vor dem Landtag durch Humor zu kaschieren. So sprach er Anfang 1949 davon, mehr Privatinitiative in der Wirtschaft zu ermöglichen. Selbmann (SED): »So soll es werden! (Abg. Freitag [CDU]: Sehr gut! Abg. [Elfriede] Dierlamm [LDP] und andere: Hoffentlich! Hoffentlich!) Sehen Sie, wenn alle Ihre guten Wünsche mich begleiten, kann es gar nicht schief gehen! (Heiterkeit).« Selbmann lenkte durch die gezielte Setzung eines Lachanreizes von seiner schwergewichtigen Zusicherung ab. Damit – und das war das perfide

// In der ersten Wahlperiode unterband Otto Buchwitz polemische »Lachkämpfe« teilweise mit dem Hammer und einem Ordnungsruf. // SLUB / Deutsche Fotothek



mer hier in Trübsinn verkommen.«



// Wenn schon nicht vor dem Plenum, so sorgten die Abgeordneten der zweiten Wahlperiode vor dem Fotografen für Lacher. // SLUB / Deutsche Fotothek

an seinem Spaß – schuf er sich durch den Humor eine Rückzugsmöglichkeit.

Eine besondere Form des parlamentarischen Humors war die ungewollte Heiterkeit, meist ausgelöst durch Versprecher: »Wir können dadurch in den schlechten Ruf geraten, daß wir wollen und nicht können. (Heiterkeit.) Aber die Sache liegt umgekehrt. (Heiterkeit.)« (Hermann Schab, SED, 29. PS) Schab war sich zwar offenbar nicht bewusst, wodurch er die Lacher erntete, er nahm sie jedoch auch nicht persönlich: »es scheint das etwas Heiterkeit zu erregen, und wir wollen ja auch nicht immer hier in Trübsinn verkommen. (Heiterkeit.)«

Provokantes Lachen

Das polemische Lachen auf nur einer Seite des Hauses hatte keine beschwichtigende Wirkung. Im Gegenteil konturierte

es deutlich die innerparlamentarischen Konfliktlinien. Gleichwohl, ob der Witz aus dem eigenen Lager kam oder ein Redner der Gegenseite verspottet wurde: Das einseitige Lachen war eine bewusste Deklassierung der Konkurrenz und somit eine Überlegenheitsgeste.

Je delikater der Konflikt, desto häufiger wurde Humor als Kampfmittel oder Spannungsventil eingesetzt. Selten etwa wurde im sächsischen Nachkriegslandtag so viel gelacht, wie Ende Oktober 1948 in der 49. Plenarsitzung. Behandelt wurde ein SED-Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Kinos in Sachsen, den die sogenannten »bürgerlichen« Parteien (CDU und LDP) als verfassungsfeindlich zurückwiesen. In dieser Sitzung wurden alle Varianten des sich gegenseitigen Verhöhrens mindestens einmal durchgespielt: Anton Ackermann, der Redner der SED, sah in der Privatverwaltung von Kinos kei-

ne »Freiheit der Kunst«, sondern eine »Wissenschaft des Geldverdienens (Lachen links).« Ralph Liebler von der LDP kontierte mit der Phrase »Ich wußte bisher nicht, daß Mitglieder der SED zu dem Begriff der besitzenden Schichten gezählt werden, denn sonst könnten nicht 78 v.H. der Kinooigentümer Mitglieder der SED sein! (Heiterkeit bei CDU und LDP).«

Wer als Redner einen argumentativen Fehler machte, wurde dafür von der Gegenseite mit Spott bestraft. Ralph Liebler (LDP): »Daß Sie uns [Materialismus] vorwerfen, wo der Materialismus der wesentliche Bestandteil Ihrer Weltanschauung ist, ist uns nicht ganz verständlich. (Lachen auf der linken Seite. – Abg. [Walter] Weidauer [SED]: Aber Herr Liebler, mehr konnten Sie sich als Akademiker nicht blamieren).« Allerdings konnten die Abgeordneten der SED ihre Überheblichkeit nur in marxistischen Fragen ausspie-

len. So befanden sich in den Reihen der »bürgerlichen« Parteien mehr Juristen und diese nutzten ihre Kenntnisse allzu gerne auf Kosten der SED-Redner aus. Max Rausch (SED): »Es kann auch niemand bestreiten, daß in England ein Gerichtshof existiert, der über die Einhaltung dieses Paragraphen der Verfassung wacht. (Zuruf von rechts: Es gibt ja keine englische Verfassung! Das wissen Sie nicht? – Lachen [rechts].)«

Auch wenn die SED-Fraktion in der Mehrheit war und das Gesetz letztlich gegen den Willen der »bürgerlichen« Parteien durchsetzte: Das Gespött der Gegenseite tat ihr weh. In einem Bericht über die Plenarsitzung vermerkte der Fraktionssekretär zerknirscht, dass die Argumentation des Genossen Rausch erheblich durch dessen Fehler abgeschwächt wurde, sich auf »Zwischenrufe mit humoristischer Note« und das »Gelächter« einzulassen.

Einheitlichkeit – Einförmigkeit?

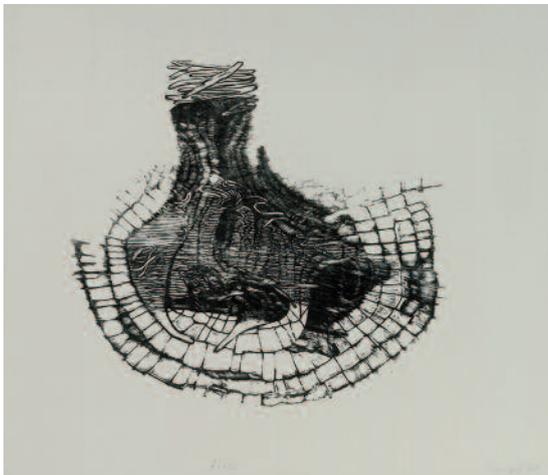
Das zunehmende Streben nach Einheitlichkeit im Nachkriegslandtag ließ bald keine verbalen Doppelbödigkeiten mehr zu. Ab der zweiten Wahlperiode verschwand der polemische Witz gänzlich aus dem Plenarsaal. Wenn überhaupt, so setzte man Humor in den Reden nur noch ein, um politische Geschlossenheit zu demonstrieren. Ambivalenz, Spott und Hohngelächter verblieben außerhalb des Protokolls.



Ausstellung

100 Sächsische Grafiken 2016 –
Bei uns in Europa

Am 23. November eröffneten die Neue Sächsische Galerie und Landtagsvizepräsident Horst Wehner mit einer Vernissage die Ausstellung »100 Sächsische Grafiken 2016 – Bei uns in Europa« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Angeregt vom gleichnamigen Gedicht Kurt Tucholskys, hatte die Ausschreibung für die diesjährige Biennale die politischen wie privaten Rückwirkungen der Flüchtlingskrise in Europa thematisiert. Neben den Ablehnungen gegenüber den Flüchtlingen stehen die oft emphatischen Begegnungen mit dem Fremden als dem Neuen, dem Künstler aus dem Wesen ihres Arbeitsprozesses heraus schöpferisch gegenüber. Die Ausstellung wird noch bis zum 3. Januar 2017 gezeigt (Mo – Fr 10 – 18 Uhr, vom 24. bis 31.12. geschlossen).



Timm Kriegel: Akkon, 2015, Holzschnitt



Gudrun Höritzsch: Barrieren...Grenzen...Beschränkung, 2016, Farbholzschnitt. Repros: Digital Color Service Chemnitz



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

13. – 16.12.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

01. – 02.02.2017
15. – 16.03.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung
und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im
Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentari-
schen Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.11.2016
Gastautoren: Edith Schriefel, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Johanna Kröner, Praktikantin, Sächsischer Landtag